

Antrag

Fraktion : SPD/Grüne/Linke/Wir für KW/BIS

Gremium	am	TOP	Beratungsstatus	Öffentlichkeitsstatus
Kreistag	23.07.2025		beschließend	öffentlich

Betrifft: Einrichtung eines Rundes Tisches zur Erstellung eines Hitzeaktionsplans
(Antrag der Fraktion SPD/Grüne/Linke/Wir für KW/BIS)

Beschlussentwurf:

Der Kreistag beschließt:

Der Landrat wird beauftragt:

1. einen Runden Tisch unter Beteiligung relevanter Akteur*innen einzurichten mit dem Ziel, einen Hitzeaktionsplan für den Landkreis Dahme-Spreewald zu erarbeiten,
2. eine fachbereichsübergreifende Steuerungsgruppe innerhalb der Kreisverwaltung einzurichten, die den Prozess organisatorisch koordiniert,
3. regelmäßig über den Stand der Arbeiten zu berichten,
4. dem Kreistag vor Erstveröffentlichung den Hitzeaktionsplan zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Zahl extremer Hitzetage nimmt seit Jahren zu – auch im Landkreis Dahme-Spreewald sind diese Entwicklungen deutlich zu spüren. Besonders betroffen sind ältere Menschen, Kinder, chronisch Kranke, Personen mit Behinderung, Menschen in Gemeinschaftsunterkünften sowie Erwerbstätige im Freien. Hitzewellen führen nachweislich zu erhöhten Gesundheitsrisiken, steigenden Krankenhauseinweisungen, Übersterblichkeit und einer zusätzlichen Belastung von Pflegeeinrichtungen, Rettungsdiensten und dem Gesundheitswesen.

Ein kommunaler Hitzeaktionsplan dient als strukturiertes Vorsorge- und Reaktionsinstrument, um während extremer Hitzephasen koordinierte Maßnahmen umzusetzen. Ziel ist es, die gesundheitlichen Folgen zu minimieren, besonders gefährdete Gruppen effektiv zu schützen und klare Zuständigkeiten für präventive und akute Interventionen festzulegen. Bewährte, praxistaugliche Maßnahmen – wie beispielsweise angepasste Öffnungszeiten in Arztpraxen, kurzfristig eingerichtete Abkühlbereiche oder standardisierte Abläufe in Pflegeeinrichtungen – erfordern reine organisatorische Abstimmung, nicht zwingend finanzielle Mittel.

Die Erstellung des gemeinsamen Hitzeaktionsplans erfolgt kooperativ: Relevante Akteurinnen und Akteure aus Gesundheitswesen, Pflege, Katastrophenschutz, kommunaler Verwaltung, Schulen, Kitas, sozialen Diensten, Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft entwickeln eigenständig Maßnahmen für ihren Bereich. Diese werden in einem gemeinsam erarbeiteten Plan gebündelt, sodass er unmittelbar in den beteiligten Einrichtungen umgesetzt werden kann. Dieser integrierte Planungsansatz fördert Identifikation und Multiplikation der Maßnahmen bereits vor Beschluss – weil alle Beteiligten gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Die Steuerung des Prozesses liegt bei der Kreisverwaltung: Sie koordiniert den Prozess und wird dabei fachlich von einer internen Steuerungsgruppe begleitet. Nach jeder Hitzesaison evaluiert der Runde Tisch die Wirkungen des Plans, identifiziert Optimierungsbedarf und passt den Maßnahmenkatalog entsprechend an. So entsteht eine nachhaltig wirksame und lernfähige Struktur im Gesundheitsschutz bei Hitze.

Im Rahmen des so skizzierten Hitzeaktionsplans geht es vorrangig um das Management von akuten Hitzeereignissen mit dem Ziel, die Gesundheit von Menschen zu schützen.

Nicht Teil dieses Rahmens aber in einem weiteren Schritt wünschenswert ist die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen unter anderem zum Hitzeschutz. Dafür stehen unterschiedliche Fördermittelprogramme zur Verfügung wie zum Beispiel „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ des BMUKN.

Lübben (Spreewald), 14.07.2025

gez.

A. Lübcke
Fraktionsvorsitzende

Lübben (Spreewald), 14.07.2025

gez.

T. Irmer
Fraktionsvorsitzender